

Lösung der Aufgaben

1 Individuelle Schülerlösung. Beispiel:

Länder mit überwiegend wohlhabenden Regionen	Länder mit überwiegend armen Regionen
Deutschland	Bulgarien
Frankreich	Griechenland
Großbritannien	Polen
Niederlande	Portugal
Schweden	Rumänien

2 Auf dem Foto ist im Vorder- und im Mittelgrund ein Firmengelände mit modernen Firmengebäuden zu erkennen. Umrahmt wird dieses Firmengelände von Wohnsiedlungen. Firmengelände und Wohnsiedlungen werden u. a. durch einen breiten Grüngürtel getrennt. Alles wirkt sauber und neu. Der Bildunterschrift kann man entnehmen, dass hier früher ein Stahlwerk stand.

Es ist zwar nicht zu erkennen, ob es sich hier um eine Fabrik handelt. Jedoch lassen die Art der Anordnung sowie die Größe der Gebäude vermuten, dass diese Teile einer Fertigungsstätte sind. Bildunterschrift und Art der Gebäude weisen darauf hin, dass kein Stahl mehr produziert wird. Damit hat sich neben dem Aussehen des Geländes auch die Arbeitswelt durch Schaffung von neuen Arbeitsplätzen verändert. Folglich liegt hier ein Beispiel für Strukturwandel vor.

3 Strukturhilfe. Maßnahme der Europäischen Union, solche Regionen zu fördern, deren BIP pro Kopf weniger als 75 % des EU-Durchschnitts beträgt. Die Strukturhilfen sollen diese Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung der Regionen verringern helfen. Sie konzentrieren sich auf die drei Hauptziele Regionale Konvergenz (Annäherung), Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung sowie Regionale Zusammenarbeit.

4

- a) Strukturhilfe
- b) Regionale Disparitäten
- c) Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (BIP pro Kopf)

5

- a) Falsch. Ein Großteil der veralteten Betriebe war in der Marktwirtschaft nicht mehr konkurrenzfähig und wurde stillgelegt (s. S. 128).
- b) Falsch. Der Bergbau und die Verarbeitung von Rohstoffen gehören zum sekundären Sektor (s. S. 124).
- c) Falsch. Regionale Disparitäten gibt es auch innerhalb von Ländern und sind folglich ebenfalls regional zu beobachten (s. S. 132/133).
- d) Falsch. Das Bruttosozialprodukt alleine eignet sich nicht zum Vergleichen von Regionen oder Staaten mit unterschiedlich großen Bevölkerungszahlen. Deshalb nimmt man das BIP pro Kopf als Vergleichsgröße (s. S. 130).
- e) Richtig (s. S. 126/127).

6

a) Tabelle 2 hat die Überschrift „Grünflächen im Regionalverband Ruhr“. Es wird die jeweilige Größe der Grünflächen im Ruhrgebiet in den Jahren 1923, 1952, 1966 und 2011 angegeben. 1923 gab es Grünflächen mit einer Gesamtfläche von 141 310 ha, 1952 von 188 520 ha, 1966 von 249 230 ha und 2011 von 270 972 ha. Damit hat sich der Anteil der Grünflächen im Ruhrgebiet von 1923 bis 2011 nahezu verdoppelt. Das Ruhrgebiet ist folglich „grüner“ geworden. Ursache hierfür ist vermutlich auch der große Strukturwandel weg von der flächenverzehrenden Montanindustrie hin zu modernen Industrie- und Gewerbeansiedlungen und zur Anlage zahlreicher Grün- und Erholungsflächen.

Tabelle 3 trägt die Überschrift „Beschäftigtenstruktur im Ruhrgebiet“. Aus ihr kann man für die Jahre 1986, 1992 und 2011 ablesen, welcher Anteil der Beschäftigten im Ruhrgebiet in der Land- und Forstwirtschaft, im produzierenden Gewerbe, im Handel und Verkehr sowie im übrigen Dienstleistungsbereich tätig war. Dieser Anteil wird in Prozent angegeben.

In der Land- und Forstwirtschaft waren 1986 und 1992 0,6% der Erwerbstätigen beschäftigt, 2011 nur noch 0,5%. Die Quote der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe sank von 51,7% im Jahr 1986 über 46,2% (1992) auf 27,4% im Jahr 2011. Dagegen stieg diese Quote im Bereich Handel und Verkehr von 18,7% (1986) über 20,2% (1992) auf 25,5% (2011) sowie in den übrigen Dienstleistungsberufen von 29,0% (1986) über 32,9% (1992) auf 46,5% im Jahr 2011. Diese Zahlen verdeutlichen den umfassenden Strukturwandel im Ruhrgebiet. Während die Landwirtschaft kaum eine Rolle spielte und spielt, haben sich im sekundären und tertiären Sektor die Verhältnisse mehr als umgekehrt. Arbeitete noch Mitte der 1980er-Jahre jeder zweite Beschäftigte im produzierenden Gewerbe, ist es heute nur noch jeder vierte. Dagegen sind heute mehr als zwei Drittel der Beschäftigten im tertiären Sektor tätig. Noch 1986 waren es weniger als 40%. Zu vermuten ist, dass der sekundäre Sektor, der einstmal das Ruhrgebiet geprägt hatte, noch weiter an Bedeutung zugunsten von Dienstleistungsberufen verlieren wird.

b) Foto 1 bestätigt die Tendenzen, die sich aus beiden Tabellen ablesen lassen. Der breite Grüngürtel auf ehemaligem Stahlwerksgelände zeigt die zunehmende Begrünung des Ruhrgebietes. Die modernen Firmengebäude symbolisieren den Strukturwandel mit Veränderung der Beschäftigtenstruktur im Ruhrgebiet.

Training

7 Die Tabelle trägt die Überschrift „Indexwerte für das BIP pro Kopf von ausgewählten EU-Staaten (EU = Indexwert 100)“. Hier werden die Wirtschaftsstärken von 12 EU-Staaten in den Jahren 2000, 2004 und 2011 dargestellt. Hat ein Staat den Indexwert 100, entspricht seine Wirtschaftsstärke dem EU-Durchschnitt. Ist dieser kleiner als 100, ist dieser Staat wirtschaftsschwächer; ist der Wert größer, ist der Staat wirtschaftsstärker als der Durchschnitt. Je kleiner bzw. größer dieser Wert ist, desto schwächer bzw. stärker ist die Wirtschaftskraft dieses Staates.

Das mit Abstand wirtschaftsstärkste Land ist Luxemburg mit weiterhin steigender Wirtschaftskraft: Der Indexwert stieg von 223 (2000) über 238 (2004) auf 274 (2011). Ähnlich hohe Indexwerte wie Luxemburg weist kein anderer Staat auf. Dänemark, Irland und die Niederlande mit Werten zwischen 122 und 136 folgen weit abgeschlagen. Die Werte für Deutschland liegen zwischen 108 und 120. Weit unter dem EU-Durchschnitt liegen die Werte von Griechenland, Polen und Ungarn. Auffallend ist, dass die Wirtschaftskraft von Frankreich und Italien sein Jahren fällt, während sie allgemein eher steigt. Da die EU wirtschaftsschwache Länder und Regionen fördert, hilft diese Tabelle festzustellen, wo Bedarf ist. Irland, das Jahrzehnte lang gefördert wurde, gehört heute zu den wohlhabenden Ländern, wenn auch – bedingt durch die Bankenkrise seit 2008 – ein Absinken der Wirtschaftskraft festzustellen ist.

8 Die EU versteht sich als „Solidargemeinschaft“, in der die wohlhabenden Staaten bzw. Regionen den schwächeren helfen (SB S. 132). So sollen regionale Disparitäten, also Unterschiede bei der Wirtschaftskraft und Ausstattung, verringert werden. Diese Strukturhilfen kosten aber jährlich viele Milliarden Euro. Die hierfür erforderlichen Mittel erhält die EU hauptsächlich von den wirtschaftsstarken Staaten. Diese verteilt die EU in den Förderregionen entsprechend dem Förderbedarf.